

Aberwitz einer Abschiebung

Ein abgewiesener Asylsuchender will gratis in einem Pflegeheim arbeiten. Geht nicht, sagen die Behörden

Lukas Häuptli

Im Appenzellerland ist alles schön. Die Bäume leuchten hellgrün, die Hügel dunkelgrün, auf der einen Seite geht der Blick zum stolzen Säntis, auf der anderen zum ausladenden Bodensee. Und über allem liegt der milchige Sonnenschein des Frühlings.

Almaz (Name geändert) sitzt am Tisch im alten Haus mit seinen engen Fensterreihen, wie sie für die Gegend typisch sind. Er erzählt dem Journalisten seine Geschichte. Im Grunde aber wartet Almaz. Wartet seit acht Jahren, seit denen er hier ist. Und je länger er wartet, desto weniger weiss er, auf was eigentlich.

Der 31-Jährige ist abgewiesener Asylsuchender und einer von 10 000 bis 20 000 Männern, Frauen und Kindern, die jedes Jahr aus der Schweiz weggewiesen werden. In der Theorie ist alles klar und einfach: Wegweisung, Papierbeschaffung, Rückführung. Wer nicht kooperiert, kommt in Ausscheidungshaft oder wird, wie es im Jargon heisst, eingegrenzt. In Wirklichkeit aber bleibt etwa ein Drittel der Weggewiesenen als Nothilfebezüger in der Schweiz, ein Drittel taucht unter, und ein Drittel verlässt das Land tatsächlich.

2010 flüchtet Almaz aus Äthiopien in die Schweiz. Er werde politisch verfolgt, erklärte er. Beweisen kann das niemand, widerlegen allerdings auch niemand. Drei Jahre später wird sein Asylgesuch abgelehnt, fünf Jahre spä-

ter sein Wiedererwägungsgesuch. 2013 erlässt das Appenzeller Migrationsamt eine erste Eingrenzungsverfügung gegen ihn, 2015 eine zweite. Seither darf er sich nur noch in seinem Wohnort sowie in vier Nachbargemeinden aufhalten, nicht aber in St. Gallen oder anderswo in der Schweiz.

Wo ist die Grenze?

Almaz sitzt am Tisch im alten Haus. Nein, natürlich weiss er nicht, wo die Grenze zwischen der vierten und fünften Nachbargemeinde verläuft, wann er also gegen die Eingrenzungsverfügung des Migrationsamts verstösst. Woher auch? Für Aussenstehende ist das Appenzellerland eine Bilderbuch-Landschaft ohne jede Grenze.

Am liebsten erzählt der 31-Jährige von damals, als sein Asylgesuch noch hängig war, als er Kurse besuchen und arbeiten durfte. Vor ihm liegt der Stapel der Bescheinigungen: Deutschkurs, Kochkurs, Arbeit als Velomechaniker, Arbeit als Gartenbauer. «Das Team dankt Dir vielmals für Deinen Einsatz und wünscht Dir alles Gute für die Zukunft», steht unter der Foto mit Mitarbeitern einer Firma. Wenn er sie zeigt, leuchten Almaz' Augen. Sie leuchten, als ob das Glück nicht fern sei. Als ob er immer arbeiten dürfte. Doch er, abgewiesener Asylsuchender, darf nicht.

Unbestritten ist: Zahlreiche abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz wollen nicht in ihre Hei-



Almaz, der abgewiesene Asylsuchende: Nothilfe von 8 Franken, Strafe von 4000 Franken. (20. April 2018)

mat zurück, obwohl sie müssen und grundsätzlich können. Unbestritten ist aber auch: Gewisse abgewiesene Asylsuchende können nicht in ihre Heimat zurück, selbst wenn sie wollen. Der Grund: Sie haben keine Pässe, und ihre Herkunftsländer weigern sich, sie als Landsleute anzuerkennen und ihnen «Laissez-passers» auszustellen. «Laissez-passers», eine Art Ersatzpässe, sind Voraussetzung für eine Rückkehr in die Heimat.

Zu diesen Staaten gehören – zumindest in bestimmten Kon-

stellationen – China, Algerien, Marokko, Eritrea und Äthiopien. Das ostafrikanische Land habe in den letzten Jahren nie Reisedokumente für ausreisepflichtige Äthiopier ausgestellt, sagt ein Sprecher des Staatssekretariats für Migration. Auch Almaz hat weder Pass noch «Laissez-passers». Schlepper hätten ihm auf dem Weg in die Schweiz alle Papiere abgenommen, erzählt er. Trotzdem haben die Behörden, die für die Wegweisungen zuständig sind, in seinem Fall alle möglichen und unmöglichen Mass-

nahmen angeordnet. Und sie umgesetzt. Das Resultat sieht ernüchternd aus: Der abgewiesene Asylsuchende wird wegen rechtswidrigen Aufenthalts und Verstosses gegen eine Eingrenzungsverfügung verurteilt, und zwar der Reihe nach von der Staatsanwaltschaft Lenzburg, vom Bezirksgericht Aarau (Zweitinstanz), vom Obergericht Aargau (Drittinstanz), von der Staatsanwaltschaft Appenzell und von der Staatsanwaltschaft St. Gallen.

Die Reihe liesse sich beliebig verlängern. Ein abgewiesener

Asylsuchender hält sich nämlich immer rechtswidrig in der Schweiz auf. Die Zahl der Verurteilungen und Verurteilungen gegen ihn hängt 1:1 von der Zahl der Polizeikontrollen ab.

«Besondere Auslagen»

Die vorläufig letzte Verurteilung, diejenige der St. Galler Staatsanwaltschaft, sieht eine unbedingte Geldstrafe, Gebühren und «besondere Auslagen» von total 4040 Franken vor. Selbstverständlich kann ein abgewiesener Asylsuchender, der von acht Franken Nothilfe pro Tag lebt, das nicht bezahlen.

Deshalb beantragt Almaz der Staatsanwaltschaft, unentgeltlich in einem St. Galler Pflegeheim zu arbeiten. Die Umwandlung einer Geldstrafe in eine gemeinnützige Arbeit sieht das Strafgesetz ausdrücklich vor. Dem Antrag legt er eine unterschriebene Vereinbarung mit dem Heim bei, bald erhielt er grünes Licht.

Doch ein paar Tage später teilt ihm die Staatsanwaltschaft mit, ihre Zustimmung sei ein Irrtum gewesen. Abgewiesene Asylsuchende dürften in der Schweiz nicht arbeiten. Selbst unentgeltlich nicht.

Deshalb wird die unbedingte Geldstrafe jetzt in eine unbedingte Freiheitsstrafe umgewandelt. Almaz muss vier Monate ins Gefängnis. Dort darf er arbeiten – und erhält gar einen Lohn dafür. Es ist die vorläufig letzte Aberwitzigkeit in der Geschichte einer Abschiebung.